

Bestimmte, in Volkseigentum befindliche Dienstleistungsbetriebe, Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen und weitere Objekte sollten deshalb den Städten und Gemeinden als kommunales Eigentum übergeben werden.

Bereits im nächsten Jahr könnte ein markanter Schritt für die weitgehende Eigenfinanzierung der Haushalte der Städte und Gemeinden gegangen werden. Die Fraktion unserer Partei sollte in der Volkskammer kurzfristig Vorschläge für eine demgemäße Neugestaltung des Steuersystems unterbreiten. Unserer Auffassung nach müßte das Steueraufkommen der den Städten und Gemeinden unterstellten Betriebe und Einrichtungen ausschließlich dem kommunalen Haushalt zugute kommen. *(Beifall)*

Denkbar wäre es auch, daß zentralgeleitete Betriebe aus ihren gesamten Abgaben einen bestimmten Teil als Kommunalsteuer abführen. Darauf wird noch einzugehen sein. *(Beifall)*

Der wachsenden Rolle der Städte und Gemeinden in unserer Gesellschaft würde es entsprechen, deren rechtlichen Status in einer Kommunalverfassung zu regeln. Wir regen die Bildung eines Städte- und Gemeindetages der DDR an. *(Beifall)*

Er könnte seine Aufgabe vor allem als Interessenvertreter der Kommunen und kritischer Partner der Volkskammer und der Regierung verstehen. Der Städte- und Gemeindetag der DDR sollte zum Zwecke der Völkerverständigung sowie des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausches zur Gegenwart und Zukunft der Städte sowie Gemeinden auch enge Verbindungen mit Kommunalverbänden anderer Länder sowie internationalen Kommunalorganisationen herstellen.

Angeregt wird die rasche Bildung einer kommunalpolitischen Vereinigung als Interessenvertreter für alle Kommunalpolitiker und kommunalpolitisch Interessierten in unserer Partei. Von ihr müßte der Willensbildungsprozeß auf dem Gebiet der Kommunalpolitik in der gesamten Partei maßgeblich initiiert werden. Mit konkreten Angeboten und Initiativen sowie durch konstruktiven Erfahrungsaustausch sollte die zu schaffende kommunalpolitische Vereinigung die Tätigkeit unserer Partei in den Parlamenten aller Ebenen befördern und zur Qualifizierung der Genossen in den Räten der Städte, Gemeinden und Kreise beitragen. Der kommunalpolitischen Vereinigung obliege sicher auch eine große Verantwortung für die Vorbereitung und Führung künftiger Wahlkämpfe unserer Partei.

Unsere Partei unterstützt das Vorhaben der Regierungskoalition, sofort eine Verwaltungsreform vorzubereiten. Die Staatsverdrossenheit vieler Bürger der DDR zeigt sich vehement in der Unzufriedenheit gegenüber den vielerorts bisher praktizierten Arbeitsstil staatlicher Verwaltung. Grundlegendes Ziel der Verwaltungsreform sollte nach unserer Auffassung vor allem sein, größere Bürgernähe und Kompetenz der Verwaltungen aller Ebenen zu erreichen sowie den Verwaltungsaufwand spürbar zu senken. Das schließt eine hohe Qualität und Effektivität staatlicher Leitungstätigkeit sowie die Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden unter Nutzung der modernen Informationsverarbeitungstechnik ein.